

„Forderungen der Zahnärzte aufgegriffen“

Gastkommentar von Dr. Marion Marschall

Die Zahnärzte können sich freuen: Viele ihrer gerade vor der Wahl gemeinsam vorgetragenen Forderungen an die Politik – öffentlich oder auch im direkten Gespräch mit Politikern – sind nun in den Passagen zur zahnärztlichen Versorgung im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP zu finden. Leichter Zugang zur Kostenerstattung, neue GOZ auf wissenschaftlicher Grundlage unter Berücksichtigung der Kostensteigerungen, neue Approbationsordnung, Wegfall des Grundlohnsummenbezugs bei den Budgets oder Anpassung der Vergütung in den neuen Bundesländern. Aber auch bei der Gesundheitspolitik ganz allgemein findet sich vieles, was von der Zahnärzteschaft mit Blick auf ein zukunftsfähigeres Gesundheitssystem gefordert und gewünscht wurde. Sicherlich ist dies auch ein Verdienst des bayerischen Wissenschaftsministers und FDP-Politikers Dr. Wolfgang Heubisch, der als Zahnarzt in der Koalitionsarbeitsgruppe Gesundheit saß und natürlich auch auf seine Erfahrungen als niedergelassener Praktiker, aber auch als Standespolitiker zurückgreifen konnte. Doch Zeiträume und Bezugsgrößen werden im Koalitionsvertrag nicht genannt. So bleibt offen, wann die dort festgehaltenen Vorhaben, die neue GOZ, die neue Approbationsordnung in Angriff genommen und wie sie aussehen werden. Selbst für den Gesundheitsfonds gibt es kein definiertes Ende, gerade die CSU möchte hier nun als soziales Gewissen der Union alles offenhalten.

Man will rasch eine Regierungskommission „mit konkretem Auftrag“, so der neue parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Daniel Bahr (FDP), berufen. Das heißt aber nicht, dass deren Ergebnisse auch umgesetzt werden, wie ein Blick in die Geschichte dieser schon bei Gerhard Schröder beliebten Expertenkommissionen zeigt. „Und wenn Du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis“ – ungeliebte Entscheidungen lassen sich so auf andere oder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Das jetzt vorgelegte Koalitionspapier enthält keine wirkliche Lösung für den grundlegenden Dissens in der Gesundheitspolitik. Alles ist auf später verschoben. Der Streit der Koalitionspolitiker geht munter weiter. Und es wird noch heftiger kommen, denn viele



Foto: DZW

Dr. Marion Marschall ist Chefredakteurin der Wochenzeitung „Die Zahnarzt Woche“ (DZW).

große Player, vor allem die gesetzlichen Krankenkassen und die Gewerkschaften, sind mit den Gesundheitsplänen nicht einverstanden.

Viel Spielraum für mehr Freiheit ist ohnehin nicht im Koalitionsvertrag, das zeigen die kleinen Formulierungen: Die Versicherten sollen auf der Basis des jetzigen Leistungskatalogs freier ent-

scheiden können – neue, modernere Leistungen kommen in der GKV also nicht hinzu. Für den entfallenden Grundlohnsummenbezug sollen neue Regulierungswege gefunden werden. Der Wettbewerb im Gesundheitswesen insgesamt und unter den Krankenkassen und die Bedingungen dafür sowie für die Vertragsgestaltung sollen verbessert werden – das heißt auch weiter Selektivverträge. Von der Stärkung der Kollektivverträge steht nichts im Koalitionspapier. Hier die zahnärztlichen Ziele, die dank intensiver Lobbyarbeit nun im Vertrag „drin“ sind, wirklich zur Umsetzung zu bringen, wird von der zahnärztlichen Standespolitik noch viel Arbeit verlangen. Auf rasche Veränderungen sollte also niemand hoffen.

Aber vielleicht ist es auch ganz gut, dass die zahnärztlichen Forderungen nicht so schnell umgesetzt werden. So bleibt den zahnärztlichen Körperschaften noch Zeit, HOZ oder die Ausweitung der Festzuschüsse praxistauglich zu gestalten – hoffentlich im Dialog mit den niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen. Und auch die Zahnärzte in den Praxen brauchen die Zeit, um sich auf die möglichen Veränderungen einzustellen, auf Kostenerstattung und Patienten mit unterschiedlichen Zusatzversicherungen oder Wahlтарифen. Sie müssen sich und ihre Praxis für die neuen Herausforderungen neu aufstellen. Denn mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, mehr Wahlfreiheit für die Patienten heißt auch mehr Wettbewerb unter den Zahnärzten.